



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden- Württemberg

Nr. 11

21. August 2014

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint ca. wöchentlich.
 Nachdruck honorarfrei.
 Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 Kennzeichnungspflicht
- 02 Die Polizei läuft ab 2015 wieder rund
- 03 Planstellen existieren nur auf dem Papier
- 04 Zunehmende Belastung der Bundespolizei
- 05 Liga soll sich an Polizeikosten beteiligen
- 06 DPoIG-Kurzmeldungen

E-Mail an das DPoIG-Team



Hinweise und Kritik zur Polizeireform: reformkritik@dpolg-bw.de

Die Polizeireform bewegt und erregt die Gemüter. Welche Erfahrungen und Feststellungen haben Sie gemacht? Was läuft nicht rund? Welche Probleme gibt es vor Ort? **Schreiben Sie uns ihre Kritik.**

Wir garantieren Ihnen einen vertraulichen Umgang und anonymisierte Verarbeitung.

01 Kennzeichnungspflicht – DPoIG bewirkt parteipolitisches Um(Nach)denken

Quelle: DPoIG BW

Stuttgart – Spätestens seit dem Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung ist das Thema Kennzeichnungspflicht auf der Agenda der DPoIG. Sowohl die DPoIG Bundesorganisation wie auch der Landesverband Baden-Württemberg haben sich stets gegen eine Kennzeichnungspflicht gestellt. Durch die direkte Konfrontation mit den Argumenten gegen eine Kennzeichnungspflicht wurden die Landtagsfraktionen jetzt gezwungen „Farbe“ zu bekennen.

Polizei: Die SPD will verzichten, die Grünen halten dagegen

Kommt die Kennzeichnungspflicht für Polizisten in Baden-Württemberg oder nicht? Geht es nach Innenminister Reinhold Gall (**SPD**), wird diese Frage mit Nein beantwortet. Er hält nichts davon, dass einzelne Polizisten bei Großeinsätzen durch eine an der Uniform sichtbare Nummern- und Ziffernkombination identifizierbar sind. "Ich finde, dass sich darin ein Grundmisstrauen gegenüber der Polizei ausdrückt. Auf die Kennzeichnung würde ich daher am liebsten verzichten", erklärt Gall.

Die individuelle Kennzeichnungspflicht steht auf Seite 66 des grün-roten Koalitionsvertrags. Und die **Grünen** denken gar nicht daran, Gall entgegen zu kommen. Das Landespolizeipräsidium wurde auch bereits damit beauftragt, eine Konzeption für eine individuelle Kennzeichnungspflicht zu erstellen. "Wir wollen eine Kennzeichnung", stellt der innenpolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion, Ulrich Sckerl, trotzdem klar. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wolle man jedoch keine Namensschilder, sondern strikt anonymisierte Hinweise.



"Niemand will das, nur die Grünen", schimpft Joachim Lautensack, Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft. Er appelliert an Gall, "nicht alles mitzumachen, was die Grünen wollen". Er droht: "Wir werden bei dem Thema Stimmung machen ohne Ende."

Kennzeichnungspflicht für Polizisten

Gall stellt Koalitionsvereinbarung infrage

Innenminister Gall stellt die geplante Kennzeichnungspflicht für Polizisten bei Großeinsätzen infrage, obwohl sie mit den Grünen fest vereinbart ist. „Ich will mit den Koalitionsfraktionen intensiv erörtern, ob wir die Kennzeichnungspflicht tatsächlich einführen wollen“, sagte er der „Südwest Presse“. Er erklärte, wenn es allein nach ihm ginge, könne das Land auf die Kennzeichnungspflicht verzichten. Wenn die Regierungsfraktionen die Kennzeichnungspflicht wollten, setze er die Vereinbarung natürlich um.

Die Grünen entgegneten, an dem Vorhaben festhalten zu wollen, aber gesprächsbereit bei der Umsetzung zu sein. Polizeigewerkschaften hatten massiv Kritik an dem Vorhaben geäußert. Grünen-Chef Hildenbrand entgegnete: „Es ist klar vereinbart: Es soll die anonymisierte Kennzeichnung von Polizisten bei Großlagen geben.“ Den Widerstand der Polizeigewerkschaften bezeichnete er als „völlig überzogen“. Die Grünen sind für anonyme Buchstaben- oder Zahlencodes, um „schwarze Schafe“ unter den Polizisten leichter zu ermitteln. Geht es nach Sckerl soll nach den Personalratswahlen bei der Polizei im November die Koalition eine Verhandlungslösung mit den Interessensvertretungen der Polizei anstreben.

Es gibt wohl aber zwischen den Regierungsfractionen eine Übereinkunft, den Abschluss einer juristischen Auseinandersetzung zu dem Thema in Brandenburg abzuwarten. Dort gilt die Kennzeichnungspflicht seit 2013 – Beamte waren aber juristisch dagegen vorgegangen.

Auch CDU und FDP halten eine Kennzeichnungspflicht für unnötig. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke sagte: „Die Pflicht, dass jeder Polizist durch seinen Namen oder eine Nummer auf der Uniform zu identifizieren sein müsse, käme einer Misstrauensbekundung gegenüber der gesamten Polizei gleich.“ CDU-Landeschef Strobl mahnte, die Polizei müsse endlich zur Ruhe kommen, um ihre Arbeit erledigen zu können.

Andere Länder

Die Länder handhaben das Thema Kennzeichnungspflicht völlig unterschiedlich. **BERLIN** hat die Kennzeichnungspflicht 2011 als erstes Land eingeführt. Die Beamten können wählen, ob sie eine individuelle Dienstnummer oder ihrem Namen auf der Kleidung tragen wollen. Auch Bereitschaftspolizisten sind anhand einer fünfstelligen Rücknummer identifizierbar. Ähnlich ist dies in **BRANDENBURG**, dort ist aber noch ein Rechtsstreit anhängig, in dem sich Polizisten gegen die Kennzeichnungspflicht wehren. In **RHEINLAND-PFALZ** wird seit Anfang 2014 in geschlossenen Einheiten eine fünfstellige Nummer getragen. Jeder Beamte hat dabei 3 Nummern zur freien Auswahl. In **BREMEN** ist gerade ein Erlass in Kraft getreten, der regelt, dass Polizisten bei geschlossenen Einsätzen fünfstellige Nummern haben. Auch hier werden die Nummern regelmäßig gewechselt. SPD / Grüne haben in **NORDRHEIN-WESTFALEN** vereinbart, dass eine individuelle, anonymisierte Kennzeichnung bei geschlossenen Einsätzen eingeführt wird. In **Niedersachsen, Hessen** und **Schleswig-Holstein** ist eine Einführung geplant. In **Thüringen** werden taktische Zeichen getragen, die erkennen lassen, zu welcher Einheit der Polizist gehört. Ähnlich ist dies in **Sachsen-Anhalt, Sachsen** und **Mecklenburg-Vorpommern**. Im **Saarland** ist es erwünscht, aber keine Pflicht, dass Polizisten sowohl im Einzeldienst als auch bei Großeinsätzen Namensschilder tragen. In **Hamburg** existiert keine Kennzeichnungspflicht.

Bayern will Polizisten nicht kennzeichnen

Bayerns Innenminister Herrmann ist gegen eine Kennzeichnung von Polizisten in geschlossenen Verbänden. In Bayern wird es im Gegensatz zu anderen Bundesländern keine Kennzeichnung von Polizeibeamten in geschlossenen Verbänden geben. Auch die Kennzeichnung von beispielsweise bei Demonstrationen oder Fußballspielen eingesetzten Beamten durch Nummern lehnen Innenminister Herrmann (CSU) wie auch die CSU-Landtagsfraktion ab. Dagegen treten SPD, Freie Wähler und Grüne für die Identifizierbarkeit von Polizisten auch in geschlossenen Verbänden ein. Herrmann verweist darauf, dass bayerische Polizeibeamte schon jetzt sicher identifiziert werden könnten. Bei größeren Einsätzen sind die Beamten nach den Worten Herrmanns so gekennzeichnet, dass sie der jeweiligen Polizeieinheit zugeordnet werden könnten. Zudem würden polizeiliche Maßnahmen genau dokumentiert. Namensschilder oder sonstige individuelle Kennzeichnungen schafften für unbeteiligte Dritte die Möglichkeit, anonym Vorwürfe gegen einzelne Polizeibeamte zu erheben, ohne dass diese in Erfahrung bringen könnten, wer diese Beschuldigung äußert, fasste ein Sprecher der CSU-Landtagsfraktion die Haltung der Regierungspartei zusammen. Bei namentlicher Kennzeichnung bestehe die Gefahr, „dass sich Übergriffe auf Polizeibeamte häufen“.

02 Innenminister Gall – Die Polizei läuft ab 2015 wieder richtig rund

Quelle: DPoIG

Stuttgart - Baden-Württembergs Innenminister Gall hat Probleme bei der Umsetzung der Polizeireform eingeräumt. Es sei nicht so, dass die Arbeit der Polizei derzeit eiere, sagte er der Nachrichtenagentur dpa in Stuttgart. Jedoch habe es noch an der ein oder anderen Stelle. „Es gibt schon noch Optimierungsbedarf.“



Gall räumte ein, dass es bei dem zu Jahresbeginn umgesetzten Projekt noch Probleme gebe: "Die Polizeiarbeit an sich läuft heute schon gut, sie eiert auch nicht, aber es gibt schon noch Optimierungsbedarf, das ist unzweifelhaft richtig." Die Startschwierigkeiten sieht er jedoch bald überwunden. „Ich bin davon überzeugt, dass die Polizei im kommenden Jahr wieder richtig rund läuft“, sagte Gall.

Die Opposition sieht hingegen nach wie vor grundsätzliche Fehler. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke sagte: "Diese angeblichen Anlaufschwierigkeiten sind in Wahrheit die dauerhaften Strukturschwächen einer völlig verfehlten Reform." Die Tatsache, dass beispielsweise einzelne Präsidien viel zu große Flächen betreuen müssten, werde sich mit der Zeit nicht ändern. Ähnlich argumentierte die CDU. Fraktionschef Peter Hauk verwies darauf, dass etwa die Verkehrspolizei oder die Kripo oft lange Anfahrtszeiten hätten. Die Grünen begrüßten hingegen die Aussage Galls, mahnten aber die versprochene personelle Verstärkung der Polizeireviere an.

Ein Problem sieht Gall noch im zentrale Unfallaufnahmeamt. Für die Aufnahme besonders schwerer Unfälle, beispielsweise LKW, Gefahrgut oder Personenschaden, wurde ein zentraler Unfallaufnahmeamt eingerichtet. Bei derartigen Unfällen ist, hinsichtlich möglicher späterer Schadenersatzansprüche, eine saubere Unfallaufnahme und vor allem eine ausreichende Dokumentation auch mittels 3D-Fotographie unerlässlich. Tatsächlich besteht im Moment noch das Problem, dass dieser zentrale Dienst nicht rechtzeitig angefordert wird.

Der Erste Stellv. Landesvorsitzende, Ralf Kusterer, teilt die Bewertung von Startproblemen und einem positiven Rundlauf der Polizeiarbeit nicht. „Wir befinden uns nicht auf einer Kleinstbaustelle. Die Polizeireform hat uns eine Großbaustelle beschert, die mehr mit dem Berliner Flughafen vergleichbar ist, als mit dem Auffüllen eines kleinen Schlaglochs. Die Auswirkungen für die Innere Sicherheit sind erheblich. In der Aufgabenwahrnehmung wurden Hürden eingezogen, bei der auch ein geübter Hürdenläufer nach der ersten Hürde zu Fall kommt. Am schlimmsten ist der große „innere“ Schaden, den die Reform bei den Polizeibeschäftigten hinterlassen hat. Ich habe wenig Hoffnung, dass sich dieser Schaden an den wichtigsten Akteuren der inneren Sicherheit überhaupt beheben lässt, auch wenn ich es mir persönlich wünsche.“



03 Planstellen existieren nur auf dem Papier

Quelle: Presseauswertung

Stuttgart - "Wir machen uns ernsthafte Sorgen um die polizeiliche Präsenz im ländlichen Raum", formuliert die Geislinger CDU-Landtagsabgeordnete Nicole Razavi in einer Pressemitteilung ihrer Partei. Sie hatte die Innenpolitiker ihrer

Fraktion in den Kreis Göppingen eingeladen. Die Zentralisierungstendenzen und die damit verbundene Sogwirkung der rot-grünen Polizeireform wirke sich fatal auf die ländlichen Gegenden aus, meint Razavi.

Im Geislinger Revier, von wo aus auch die dünn besiedelten Gemeinden im Umland angefahren werden, sind die versprochenen positiven Auswirkungen der Polizeireform acht Monate nach deren Start noch nicht angekommen, bilanzieren die CDU-Politiker. Die Beamten in Geislingen begrüßten zwar den Kriminaldauerdienst und die Verkehrsunfallaufnahme als gelungene Einrichtungen, doch hinsichtlich der Personalbesetzung würden sich die neu eingerichteten Einheiten negativ auswirken. Die Einsätze, die durch die neuen zentralen Strukturen im Bereich des Geislinger Reviers den Kollegen vor Ort abgenommen werden, ließen sich an einer Hand abzählen. Hinzu komme: Die zugesagten zusätzlichen beiden Planstellen existieren nur auf dem Papier. Zwei weitere Polizisten aus Fleisch und Blut hat man im Geislinger Revier bislang nicht gesichtet, bestätigte der Geislinger Revierleiter Manfred Malchow auf Nachfrage der CDU-Parlamentarier. Zudem gebe es bis heute keinen verbindlichen Stellenplan, berichtete Malchow den CDU-Innenpolitikern weiter. Dies ist allerdings keine Geislinger Besonderheit, sondern im ganzen Bezirk Ulm so. Es gebe einen politischen und einen tatsächlichen Stellenplan, wird informiert.

"Nach acht Monaten Polizeireform weiß ich nicht, wo die Synergieeffekte sind", fragt sich Nicole Razavi. "Die Einsatzkräfte sind augenscheinlich zur reinen Interventionspolizei geworden", fürchtet die Landtagsabgeordnete.



Der innenpolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion, Thomas Blenke, kritisierte, dass die neuen Präsidiumszuschnitte systematisch die Grenzen der Regierungsbezirke überschritten. Dies bedeute aber auch einen Konflikt mit anderen Verwaltungen, die sich ebenfalls an diesen Grenzen orientierten.

In der Kritik an der lebensfernen Zentralisierung der Polizeireform waren sich Polizeibeamte und Politiker einig. "Es fehlt das Grundvertrauen in die mittlere Führungsebene, also die Revierleiter", wird Manfred Malchow von der CDU zitiert. "Dies geht zu Lasten des Fingerspitzengefühls und der Bürgernähe", kritisiert die Landtagsabgeordnete Nicole Razavi. "Darunter leiden Motivation und damit auch die Leistungsfähigkeit." Bislang sei der Polizeiberuf für die meisten Beamten auch Berufung gewesen. "Diese Einstellung wird mit der Reform und ihren Folgen gefährdet", meint Razavi.



Grundsätzlich beklagten die Polizisten laut Union beim Vor-Ort-Termin der CDU-Landtagsabgeordneten den immensen Personalmangel aber auch die teils unzureichende Ausrüstung. Genau diese sei aber unabdingbar für eine Gewährleistung guter Arbeit, waren sich die Vertreter der Legislative und der Exekutive einig.

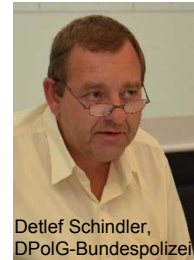
04 Zunehmende Belastung der Bundespolizei

Quelle: Bundespolizei

Potsdam – Der Präsident des Bundespolizeipräsidiums, Dr. Dieter Romann, hat in Berlin den Jahresbericht 2013 der Bundespolizei (BPol) vorgestellt. Demnach waren in der Fußballsaison 2012/2013 insgesamt 110.954 Beamte bei 1.787 An-

lassen eingesetzt und leisteten dort 780.371 Einsatzstunden. Gewalttätige Angriffe auf Bundespolizisten liegen mit einer Gesamtzahl von 2.050, ebenso wie die Zahl Verletzter mit 478 verletzten Beamten auf weiterhin hohem Niveau.

Darüber hinaus weist Detlef Schindler von der DPoIG-Bundespolizeigewerkschaft darauf hin, dass die Bundesbereitschaftspolizei in 2013 insgesamt 402.647 Einsatzstunden für die Bundesländer leistete. Als zunehmende Belastung zeigt sich die illegale Migration. Während 2012 noch 25.670 unerlaubt Eingereiste festgestellt wurden, waren es im vergangenen Jahr 32.533. Deutlich zugenommen haben illegale Einreisen aus Eritrea (+800,6 %), Syrien (+208,1 %) und Russland (+135,7 %). Unerlaubter Aufenthalt konnte in 2013 in 19.165 Fällen festgestellt werden. Auch dabei ließ sich eine deutliche Zunahme von Personen aus Eritrea (+731,6 %), aber auch aus Syrien (+315,5 %) und Marokko (+102,4 %) feststellen. Im vergangenen Jahr konnten durch die BPol 1.535 Schleuser festgenommen werden (2012:900).



1.158 Beamte der Bundespolizei waren 2013 in Auslandsmissionen eingesetzt. 561 Beamte leisteten ihren Dienst im Hausordnungs- und Objektschutz an deutschen Auslandsvertretungen und im Personenschutz, 254 Beamte waren an Missionen der Vereinten Nationen, anderer Mandatsträger und in bilateralen Projekten eingesetzt. 192 Beamte fungierten als Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte im Ausland, 54 als Dokumenten- und Visumberater und 44 Beamte und Angestellte waren in den vier im Ausland gelegenen Gemeinsamen Zentren tätig. Im vergangenen Jahr waren 22 Grenzpolizeiliche Verbindungsbeamte und 20 Sicherheitsbeamte der BPol im Ausland eingesetzt, 11 waren zur europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX abgestellt. **Die Planstellen der Beamten sind von 32.878 auf 32.787 gesunken, ebenso die Planstellen der Tarifbeschäftigten von 5.762,5 in 2012 auf 5.509,5 im letzten Jahr.**

05 (Bundes-) Liga soll sich an Polizeikosten beteiligen

Quelle: DPoIG

Berlin/Stuttgart – Im Streit über Polizeieinsätze bei Fußballspielen hat der DPoIG-Bundvorsitzende, Rainer Wendt, eine Pauschale der Vereine in Höhe von insgesamt 50 Millionen Euro im Jahr gefordert. Mit dieser Gebühr sollen seiner Ansicht nach die erhöhten Einsatzkosten bei Risiko-Begegnungen aufgefangen werden. Wendt unterstützte damit die Forderung Bremens, den Vereinen erhöhte Sicherheitsvorkehrungen in Rechnung zu stellen. Aus der Pauschale solle auch eine „Einsatzzulage für Bereitschaftspolizisten“ in Höhe von 100 Euro pro Monat finanziert werden. Klar formuliert er seine Vorstellungen und Forderungen.

Wendt begrüßt die Bremer Entscheidung, die Fußballliga an den Kosten der Polizeieinsätze zu beteiligen. 30 % aller Arbeitsstunden der Bereitschaftspolizei finden rund um Fußballstadien statt. Dafür von der Fußballliga eine Gebühr zu verlangen, sieht er als logisch an. „Der Senat von Bremen hat einen Gesetzesentwurf verabschiedet, wonach bei besonders gefährdungsreichen Bundesligaspielen, die einen signifikant hohen Polizeieinsatz erfordern, ein Gebührenbescheid an die deutsche Fußballliga ergeht. So ein Gebührenbescheid ist in Deutschland überhaupt nichts Besonderes.



Die Polizei erlässt dauernd Gebührenbescheide für Polizeieinsätze, nur eben bisher nicht für Fußball.“

Dabei ist es Wendt wichtig, von der Fußball-Liga und nicht von den Vereinen zu reden: „Es geht um den Unterschied zwischen einem Gebührenbescheid für Verbände und einer Kostenrechnung für Vereine. Manche sprechen davon, dass einem Fussballverein eine Rechnung geschickt wird. Das ist Quatsch! Die DFL bekommt einen Gebührenbescheid. Das ist ein großer Unterschied.“

Ein Gebührenbescheid ist gar nicht ungewöhnlich. Wenn man in Hessen als Privatperson sich nicht mit Anstand besaufen kann und im Gewahrsam landet, muss man am nächsten Tag an die Polizei eine Gebühr bezahlen. Eine Schwertransport-Begleitung muss man bezahlen. In Mecklenburg-Vorpommern ist es sogar so: Wer da bei einer Blockade weggetragen wird, muss eine Wegtrage-Gebühr zahlen, deren Höhe sich danach richtet, ob jemand von einem Beamten des mittleren, gehobenen oder höheren Dienstes weggetragen wurde. Bremen will, um auf sicheren Füßen zu stehen, ein Gesetz daraus machen. Dann wird die DFL einen Gebührenbescheid kriegen. Dagegen wird sie klagen und dann wird, da bin ich mir ganz sicher, das Verwaltungsgericht feststellen, dass dieser Bescheid auf Grundlage eines Gesetzes verabschiedet wurde und rechtens ist. Dann werden sich auch die anderen Länder anschließen.“

30 % der Bereitschaftspolizei ist permanent durch Fußball gebunden. Unabhängig von der Gebührenregelung müssen wir von diesen Zahlen runter. Wir können nicht die Jahresarbeitsleistung von zehn Hundertschaften der Bereitschaftspolizei einfach nur für Fußball verwenden. **Wir müssen für diejenigen Polizisten der Bereitschaftspolizei eine Einsatz-Zulage schaffen, damit die Belastungen, die diese Leute an jedem Wochenende haben, endlich auch mal finanziell ausgeglichen werden. Hundert Euro im Monat fände ich durchaus angemessen. Für die besonderen Belastungen gibt es bisher keinen Ausgleich. Das Wochenendprogramm unserer Bereitschaftspolizei heißt Fußball, Rocker, Salafisten, Rechts-Links-Demos und neuerdings noch antiisraelische Demos, mit häufig schlimmen fremdenfeindlichen Auswüchsen.**

Es ist zwar gesetzlicher Auftrag der Polizei, außerhalb der Stadien für Sicherheit zu sorgen. Aber das entbindet die Verbände nicht von der Pflicht, eine Gebühr zu bezahlen. Wenn die Polizei einen Schwertransport absichert, nimmt sie damit auch ihren gesetzlichen Auftrag wahr. Auch wenn die Polizei Personen in Gewahrsam nimmt, ist das gesetzlicher Auftrag. Dass der Einsatz im Fußball ein gesetzlicher Auftrag ist und deswegen keine Gebühr bezahlt werden soll, dieser Zusammenhang besteht gar nicht.

Der DPoIG-Landesvorsitzende, Joachim Lautensack, sieht bei der Sicherheit Fußballvereine in der Pflicht

Der Bremer Senat hat entschieden: Vereine sollen für Polizeieinsätze rund ums Stadion zahlen. Das sorgt für eine deutschlandweite Diskussion. Richtig so, sagt Joachim Lautensack, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft: "Die Sicherheit bei Fußballspielen wird immer teurer." Er sieht die Vereine in der Pflicht. Vor allem bei so genannten "Risikospielen", bei denen schon vorher klar ist, dass es krachen wird, laufen pro Saison rund 10 Millionen Euro auf. Zusätzliche Kosten, die bisher allein die Steuerzahler tragen.



Vor Beginn der neuen Saison haben alleine die Vereine der ersten Liga rund 40 Millionen Euro mehr in neue Spieler investiert als sie durch den Verkauf ihrer Abgänge eingenommen haben. Alles in allem addiert sich der Marktwert der 18 Mannschaften auf satte 2 Milliarden Euro. Während die Vereine in Großbritannien, in Frankreich oder der Schweiz für die Einsätze der Polizei an Spieltagen bezahlen, trägt diese Kosten in der Bundesrepublik der Staat - alleine bei der Bundespolizei, die für die Sicherheit in Zügen und an Bahnhöfen verantwortlich ist, sind das fast 40 Millionen Euro pro Saison.

Die Selbstverständlichkeit, mit der eine durch und durch kommerzialisierte Branche diese Dienste für sich in Anspruch nimmt, empört nicht nur viele Polizeibeamte, die deswegen Berge von Überstunden schieben, sondern auch viele Steuerzahler - und das völlig zu Recht. Selbst 76 % der Fans sind deshalb nach einer Umfrage des Emnid-Instituts der Ansicht, dass die Liga für diese Einsätze bezahlen soll. Randalierende Anhänger sind in erster Linie das Problem der Vereine und nicht das der Steuerzahler.

06 DPoIG-Kurzmeldungen

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: dbb/DPoIG

Öffentlicher Dienst mit höchster Wochenarbeitszeit

Der öffentliche Dienst liegt im Branchenvergleich deutschlandweit an der Spitze bei der wöchentlichen Arbeitszeit. Zu diesem Ergebnis kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung. Der dbb Bundesvorsitzende Dauderstädt sagte dazu am 20. August 2014 in Berlin: „Am Stammtisch wird immer noch gerne auf die ‚faulen Beamten‘ geschimpft. Aber diese Ergebnisse zeigen, dass es sich dabei eben doch um ein stumpfes Vorurteil handelt. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst verdienen Respekt für ihre Leistung.“



Der Stellv. DPoIG-Bundesvorsitzende, Ralf Kusterer, weist dazu darauf hin, dass es beim Bund und den Ländern für Beamte und Angestellte immer noch unterschiedliche Arbeitszeiten von bis zu 42 Stunden gebe, dies teilweise bei gleichen Gehältern für vergleichbare Tätigkeiten. „In Baden-Württemberg haben Polizeibeamte und Verwaltungsbeamte in der Polizei seit September 2003 eine 41-Stunden-Woche. Wir fordern als DPoIG seit Jahren eine Reduzierung. Schon jetzt gilt für Tarifbeschäftigte im Schichtdienst eine reduzierte Wochenarbeitszeit. Dazu müssen wir auch bei den Polizeibeamten im Schichtdienst und bei den geschlossenen Einsatzeinheiten kommen. Nach mehr als 11 Jahren ist es aber an der Zeit die 41-Stunden-Woche grundsätzlich anzupacken - für Alle!“

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: dbb

Widerspruch wegen Mütterrente nicht erforderlich

Der Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung, Wolfgang Speck, hat am 30. Juli 2014 in Berlin darauf hingewiesen, dass mit den aktuellen Rentenbescheiden lediglich über die Rentenanpassung zum 1. Juli 2014 informiert werde. Die so genannte Mütter-



rente für die Erziehung von vor 1992 geborenen Kindern, die ebenfalls zum 1. Juli 2014 in Kraft getreten sei, werde zu einem späteren Zeitpunkt durch Zahlung eines entsprechenden Zuschlags umgesetzt. Leider finde sich erst auf Seite 3 des Bescheides der Hinweis, dass die Betroffenen zur „Mütterrente“ unaufgefordert weiteren Bescheid von dem Träger der Rentenversicherung erhalten werden. „Da die Bescheide für die Empfängerinnen und Empfänger ohnehin nur schwer verständlich sind und in der Berichterstattung die Mütterrente im Vordergrund stand, hat dies zu Verunsicherung geführt“, so Speck. Wichtig für die betroffenen Rentner/innen sei also, dass sie gegen den Bescheid über die Rentenanpassung zum 01.07.2014 keinen Widerspruch einlegen und auch keinen Antrag auf Zahlung der Mütterrente stellen müssen, stellte der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung fest.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: DPoIG

Mehr Verkehrstote in Deutschland: DPoIG sieht EU-Verkehrssicherheitsziel gefährdet

Die Zahl der Verkehrstoten in Deutschland ist im Mai 2014 im Vergleich zum gleichen Vorjahresmonat um fast 5 % gestiegen. Insgesamt kamen 292 Menschen auf deutschen Straßen ums Leben. Auch die Zahl der Verletzten stieg deutlich um annähernd 12 % auf 35.800. Die DPoIG sieht deshalb das Ziel der Europäischen Union gefährdet, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 um 50 % zu reduzieren. Die DPoIG mahnte, bei den Anstrengungen für mehr Verkehrssicherheit nicht nachzulassen.



Bundvorsitzender Rainer Wendt: „Um die Zahl der Verkehrsunfälle dauerhaft zu senken, fordern wir, die Verkehrsüberwachung bundesweit auszubauen, um somit langfristig das Verhalten der Verkehrsteilnehmer positiv zu beeinflussen. Die Einnahmen aus Bußgeldern sollten überdies nicht mehr in die allgemeinen Haushalte fließen, sondern direkt sinnvollen Verkehrsprojekten zu Gute kommen.“

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Bundesregierung

Das Landesamt für Verfassungsschutz soll im kommenden Doppelhaushalt rund 20 von 340 Stellen streichen.

Der Verfassungsschutz soll laut SPD-Innenminister Reinhold Gall im kommenden Doppelhaushalt rund 20 von 340 Stellen streichen. Ein darüber hinausgehendes Sparpotenzial sieht er nicht. Damit setzte sich der Minister gegen die Grünen durch, die vor einem Jahr erklärt hatten, dass beim Verfassungsschutz Stelleneinsparungen von 30 bis 50 Prozent möglich seien. Grünen-Fraktionschefin Sitzmann begrüßte Galls Ankündigung als Beitrag zu mehr Effizienz. Jedoch wollen die Grünen weiterhin die Struktur des Amtes generell überprüfen. "Entscheidend ist, ob die Schwerpunkte des Landesamtes für Verfassungsschutz richtig gesetzt sind." Dabei gehe es unter anderem darum, ob die Auswertung öffentlicher Zeitungsberichte zu den Kernaufgaben eines Verfassungsschutzes gehörten. Politische Aufklärungsarbeit könne die Landeszentrale für politische Bildung besser übernehmen. Gall erklärte hingegen, er sehe das Amt bereits gut aufgestellt.



[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: dbb

dbb zu Rentenbeschlüssen: Wir fordern Gerechtigkeit für die Beamtenschaft

Der dbb hält an seiner Forderung fest, jüngste Rentenbeschlüsse auf den Beamtenbereich zu übertragen. Dies gelte sowohl für die so genannte Mütterrente als auch für die abschlagsfreie Rente mit 63. „Wir fordern Gerechtigkeit für die Beamtenschaft“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt. „Auch Beamte müssen nach 45 Dienstjahren abschlagsfrei in Pension gehen können, und die Kindererziehungszuschläge für vor 1992 geborenen Nachwuchs müssen entsprechend der Neuregelung im Rentenrecht wirkungsgleich angehoben werden. Die gesellschaftspolitische Frage, wie und ob sich die geleistete Kindererziehung positiv auf die Altersbezüge auswirkt, kann nicht an Systemgrenzen haltmachen. Bei aller Unterschiedlichkeit der Strukturen in Renten- und Pensionsberechnung bestehen wir auf Parallelität der Entwicklung. Alle Renteneinschnitte der vergangenen Jahre, etwa beim Höchstsatz oder dem Eintrittsalter, sind wirkungsgleich auf die Beamten übertragen worden. Das Gleiche fordern wir jetzt auch mit Blick auf die Mütterrente und den abschlagsfreien Ruhestandseintritt nach 45 Arbeitsjahren.“



[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Berliner Zeitung

PERSONALNOT - Berliner Polizei ermittelt nur bei Aussicht auf Erfolg

Berlins Polizei gerät immer mehr an ihre Grenzen. Weil ihr das Personal fehlt, muss sie bei der Verbrecherjagd immer stärker Prioritäten setzen. Für die Verfolgung kleinerer Straftaten wie Fahrraddiebstahl oder Sachbeschädigung bleibt kaum noch Zeit. Das zeigt ein interner Bericht. Ein Bericht einer internen Expertenkommission zeichnet jetzt ein düsteres Bild zur Lage der Polizeiabschnitte. Demnach ist die Polizei zum Beispiel stark überaltert. Die Anzahl der über Fünfzigjährigen steigt kontinuierlich. Im Abschnitt 61 sowie im Abschnitt 14 an liegt der Anteil der über Fünfzigjährigen sogar bei 50 Prozent. Insgesamt können 22 % der Polizisten aus gesundheitlichen Gründen nur eingeschränkt Dienst ausüben, 4 % sind dauerkrank. Der Frauenanteil in den Abschnitten liegt lediglich bei rund 28 % – ein Hinweis auf familienfeindliche Arbeitszeiten. Die Aufklärungsquote ist in den vergangenen Jahren in Berlin immer weiter gesunken. Auch wenn Polizisten kritisieren, der Bericht sei unvollständig, enthält er schon genügend beunruhigende Fakten: Demnach klagen die Mitarbeiter über einen steigenden Verwaltungsaufwand.



[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Landesamt für Besoldung und Versorgung

Heilfürsorge - Zuzahlungsbefreiung



Aus aktuellem Anlass weist das LBV darauf hin, dass sich mit der Einführung der Krankenversicherungskarte (KVK) für die Heilfürsorgeberechtigten des Landes Baden-Württemberg weder der Umfang noch der Inhalt der Heilfürsorgeleistungen geändert hat. **Heilfürsorgeberechtigte müssen nach wie vor keine gesetzliche Zuzahlung (§ 61 SGB V) leisten.**

Die Problematik, wonach teilweise beim Einlesen der KVK in der Arztpraxis auf den Rezepten keine Zuzahlungsbefreiung mehr vermerkt ist, ist hier bekannt. Es ist jedoch

weder der auf der KVK befindliche Chip fehlerhaft noch wurde eine Einschränkung der Heilfürsorgeleistungen vorgenommen. Vielmehr erhielten wir auf Nachfrage bei der Kassenärztlichen Vereinigung in Baden-Württemberg (KV BW) die Auskunft, dass es an der Software der Praxisverwaltungssysteme liegen könnte oder ev. teilweise notwendige Updates noch nicht eingespielt worden seien. Betroffene Arztpraxen können sich ggf. an die KV BW wenden.

Sofern jemand ungerechtfertigterweise eine gesetzliche Zuzahlung leisten musste, können diese gegen einen Nachweis zur Erstattung mit dem Formular LBV 304 einreicht werden.

Ende DPoIG-ID Nr. 11/2014